30. März 2011

Kues-Newsletter *(148)*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

angesichts der schrecklichen Ereignisse in Japan und der Libyen-Krise ist in der letzten Woche ein zukunftsweisendes Thema in den Medien mehr oder weniger überschattet worden, nämlich die Frage, wie es mit dem Euro weitergeht. Damit haben sich die 27 Staats- und Regierungschefs am vergangenen Donnerstag und Freitag auf einem EU-Gipfel beschäftigt. Beschlossen wurde ein weitreichendes Paket, das den Euro stärken und besser gegen Krisen wappnen soll.

In der Öffentlichkeit stand der Euro aufgrund der Turbulenzen rund um die Schuldenkrise in Griechenland und Irland vermehrt in der Kritik, manche forderten sogar die D-Mark zurück. Dabei steht fest: Der Euro ist eine **stabile Währung**! Die Geldentwertung des Euro ist seit 1999 im Durchschnitt deutlich niedriger als in den vierzig Jahren D-Mark zuvor. Darüber hinaus spart die gesamte Eurozone **20 bis 25 Milliarden Euro pro Jahr an Umtauschgebühren** und ist intern **keinen Wechselkursschwankungen** mehr ausgesetzt. Von diesen Vorteilen profitiert kaum ein anderes Land so viel wie das **stark exportorientierte Deutschland**. Unser Wohlstandszuwachs des letzten Jahrzehnts ist vor allem auch der gemeinsamen europäischen Währung zu verdanken!

Stabilitätsregeln

Die Währungsunion kann nur dann funktionieren, wenn alle Staaten ihre Verantwortung wahrnehmen, Schulden abzubauen und den Stabilitätspakt einzuhalten. Die neuen Regeln zielen darauf ab, übermäßigen Defiziten möglichst frühzeitig entgegenwirken zu können. Staaten dürfen künftig einen **Schuldenstand von 60% der eigenen Wirtschaftsleistung** nicht mehr überschreiten. Defizitsünder können **schneller und härter bestraft werden**: Schon zu Beginn eines Defizitverfahrens muss ein Land 0,2% seines BIPs als Pfand bezahlen, was nachher unter Umständen auch als Geldstrafe einbehalten werden kann. Neu ist auch, dass ab sofort **Sanktionen automatisch verhängt werden**, es sei denn, eine Zweidrittelmehrheit beschließt, diese auszusetzen.

Neuer Rettungsschirm

Ab dem Jahr 2013 tritt der sog. **Europäische Stabilitätsmechanismus** (ESM) in Kraft, der finanziell klammen Staaten der Eurozone Kredite gewähren kann. Insgesamt hat der Mechanismus ein Volumen von 700 Milliarden Euro, wovon **500 Milliarden an Krediten ausgezahlt werden können**. Die restlichen 200 Milliarden werden als Sicherheiten einbehalten, damit Kredite zu den günstigsten Zinsen vergeben werden können.

Die Eurostaaten zahlen 80 Milliarden als Grundkapital ein. Die restlichen 620 Milliarden müssen nicht direkt eingezahlt werden, sondern stehen als Garantien oder abrufbares Kapital bereit.

Deutschland beteiligt sich mit **22 Milliarden** an Grundkapital, die in fünf etwa gleichen Jahresraten von etwa 4,3 Milliarden einbezahlt werden. Darüber hinaus bürgt Deutschland mit weiteren **168 Milliarden Euro**.

Die Bundesregierung hat sich bei der Gestaltung des ESM vor allem dafür eingesetzt, ein **ausgewogenes Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität** zu schaffen: Zunächst einmal ist jedes Land selbst für seine Schulden verantwortlich. Der ESM springt nur dann ein, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, um die Stabilität des Euro zu wahren **(„ultima ratio“)**. Voraussetzung ist zudem, dass sich das Land zu harten Reformen verpflichtet.

Euro-Plus-Pakt

Künftig sollen Politikbereiche wie Renteneintrittsalter, Haushaltskonsolidierung oder Bekämpfung von Schwarzarbeit, die in nationaler Kompetenz liegen, auf europäischer Ebene besser koordiniert werden, um die **Wettbewerbsfähigkeit der EU-Länder zu stärken**.

Ihr

Hermann Kues

Weitere Informationen über meine Arbeit im Bundestag finden Sie auf www.hermann-kues.de. Schauen Sie doch einmal rein.